2020/15 Reportage

https://jungle.world/artikel/2020/15/campuskampf-made-japan

Von linken Studenten und besetzten Wohnheimen

Campuskampf made in Japan

Reportage Von **Gregor Wakounig**

Seit zwei Jahren halten Studentinnen und Studenten auf dem Campus der staatlichen Universität in Kyōto ein über 100 Jahre altes, baufälliges Wohnheim besetzt. Nun droht ihnen die Räumung.

Der Boden knarzt unter den Füßen, läuft man durch die Hunderte Meter langen Gänge. Hier und da fehlt ein Fenster oder eine Tür, eine behelfsmäßig montierte Plane auf dem löchrigen Dach hilft gegen strömenden Regen. An den Wänden kleben Hunderte Plakate. Die allermeisten stammen von sogenannten Zirkeln, studentischen Vereinen, die es an japanischen Universitäten zuhauf gibt und deren Aktivitäten von gemeinsamen Kochkreisen und Sport bis hin zu linksradikaler Politik reichen. Hier hängen denn auch linke Poster, auch noch solche aus den sechziger Jahren, es ist sozusagen ein geschichtsträchtiger Ort. Hat man den Garten durchquert, in dem Hühner frei herumlaufen, gelangt man in den Speisesaal. Dieser ist heute Veranstaltungsraum, Proberaum für Bands und Mehrzweckhalle in einem. Großformatige zapatistische Wandmalereien und ein scherzhaft hingekritzeltes »Reißt euch zusammen beim Saufen!« wecken Erinnerungen an besetzte Häuser und autonome Zentren in Europa.

> Azu und Katō zeigen einen dicken Ordner mit Protokollen polizeilicher Hausdurchsuchungen der vergangenen Jahre. Hausdurchsuchungen seien fast schon ein Ritual zum Semesteranfang, sagen sie.

Es ist das Yoshida-Ryō (Ryō: japanisch für Studentenwohnheim) auf dem Campus der Uni Kyōto. An diesem Tag Mitte März herrscht insbesondere im Eingangsbereich ein reges Kommen und Gehen, Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie sind noch nicht in Kraft, mittlerweile ist der Semesterbeginn von Anfang auf Ende April verschoben worden. Viele der Anwesenden sind Studenten, die sich um einen Platz im Wohnheim bewerben. Ob sie letztlich hier wohnen können oder nicht, bestimmt nicht die Uni Kyōto, dies entscheiden die hier lebenden Studentinnen und Studenten selbst. Ebenso die Höhe der Miete, die mit monatlich umgerechnet 20 Euro einen Bruchteil dessen beträgt, was man auf dem privaten Wohnungsmarkt noch für die schlimmste Bruchbude hinblättern muss. Das Heim ist selbstverwaltet, autonom.

Trotz der vielen Neuankömmlinge im Heim dürfte eigentlich niemand hier sein. Im Dezember 2017 verhängte die Uni Kyōto, die Eigentümerin des Yoshida-Ryō, einen Einzugsstopp. Bis 2018 sollte das Heim komplett geräumt sein – wegen Einsturzgefahr, hieß es seitens der Uni. Dies

mag für den 1913 erbauten, maroden Teil des Heims gelten. Warum die erst 2015 erbauten neuen Gebäudeflügel aber auch geräumt werden sollen, sieht hier niemand ein. Zudem hat man der Universität in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Renovierungsvorschläge unterbreitet, die allesamt abgelehnt wurden. Unter lautem Jubel und einer Party ließ man die Auszugsfrist verstreichen. Von da an besetzte man.

Nur wenige Hundert Meter entfernt vom Yoshida-Ryō, etwas abseits vom Campus, befindet sich das Kumano-Ryō. Auch dieses ist autonom, man wohnt dort für umgerechnet 40 Euro im Monat. Einzelzimmer gibt es keine, man lehnt diese auch ab, da dadurch nur die gesellschaftliche Vereinzelung gefördert werde, wie erklärt wird. Graffiti an den Wänden, zwei Bars, eine Bibliothek, eine Veranstaltungshalle, Werkstätten und Gemeinschaftsräume gibt es hier. Das ist ganz anders als in den landesweit Hunderten privaten beziehungsweise von den Unis verwalteten Heimen, in denen Sicherheitskräfte patrouillieren und es nicht selten sogar Alkoholverbote und nächtliche Ausgangssperren gibt. Dort liegt die Miete nah am durchschnittlichen Marktpreis. »Selbstverwaltete Heime sind der Gegenentwurf dazu«, sagen Itsuki Katō und und Ryōsuke Azu. Die beiden sind Aktivisten der trotzkistischen Chūkaku-Ha (Nationales Komitee der Revolutionären Kommunistischen Liga Japans), einer mehrere Tausend Mitglieder starken, oftmals als Politsekte bezeichneten landesweit agierenden Organisation. Das Kumano-Ryō gilt als eine ihrer Bastionen. Hinter einer schweren Eisentür liegt das Büro der Jichikai, des Selbstverwaltungsrats des Heims. Im Bücherregal stehen marxistische Klassiker und andere linke Literatur neben Mangas. Azu und Katō zeigen einen dicken Ordner mit Protokollen polizeilicher Hausdurchsuchungen der vergangenen Jahre. Hausdurchsuchungen seien fast schon ein Ritual zum Semesteranfang, sagen sie. In den vergangenen Jahren hätten oft Hunderte schwerbewaffnete Polizisten der riot police das Heim abgeriegelt und Bewohnerinnen und Bewohner festgenommen. Vorher seien es eher Höflichkeitsbesuche einiger weniger Herren vom Inlandsgeheimdienst gewesen.

> Die Uni Kyōto galt als eine der wichtigsten Kaderschmieden des Tennō-Faschismus. Hier machte etwa Shirō Ishii, Generalleutnant der berüchtigten Einheit 731, seinen Doktor.

Die Salamitaktik

Neben dem Yoshida-Ryō findet man auf dem Campus der Uni Kyōto noch etliche weitere autonome, teilweise seit Jahrzehnten besetzte oder oder mit einem unsicheren Rechtsanspruch benutzte Räume – eine Autonomie, die sich linke Studenten und Studentinnen in den fünfziger und sechziger Jahren auch durch Besetzungen und militante Kämpfe erstritten. Insbesondere an den prestigeträchtigen staatlichen Universitäten von Großstädten wie Tokio, Kyōto oder Sendai übernahmen Studenten die Kontrolle über Dutzende Heime und weite Teile des jeweiligen Campus.

Zumindest in Kyōto sieht man den Räumen ihr Alter an. Rußspuren zeugen von einem Brand, ausgelöst durch blutige Flügelkämpfe linker Splittergruppen in den Sechzigern. Eben diese Uchi Geba – ein Kunstwort, bestehend aus dem Japanischen Uchi (Innen) und dem vom deutschen Wort Gewalt abgeleiteten Geba – nutzten der Staat und folglich auch dessen Unis als Vorwand, um gegen die studentische Selbstverwaltung vorzugehen. Dabei verließ man sich jedoch nicht nur auf die Staatsgewalt, auch eine aggressiv und in mehreren Wellen betriebene Liberalisierung des Universitätssystems leistete dem Niedergang der linken Studentenbewegung Vorschub. Lagen die jährlichen Studiengebühren für staatliche Unis 1975 bei ungefähr 600 Euro

und gerade noch so unter einem monatlichen Durchschnittseinkommen, wurden sie danach stetig erhöht und pendelten sich ab 2005 auf dem noch heute gültigen Stand von etwa 5 000 Euro ein – angepasst an die Inflation. Mit von Unis autonom erhobenen Zusatzgebühren kann der jährliche Betrag schnell auf 8 000 Euro anwachsen.

> Die Uni Kyōto warnt auf ihrer Homepage eindringlich davor, in das Heim einzuziehen. Trotzdem wohnen hier fast 400 Menschen. Doch nur ein Bruchteil ist auch wirklich politisch aktiv. Auch Rechte wohnten hier, so Azu. Die meisten ziehe die niedrige Miete an und die Möglichkeit, kollektiv zu wohnen. Viele politisierten sich aber gerade hier, führt er weiter aus.

Als einschneidend gilt das Privatisierungsgesetz von 2003, das die Unis in großen Teilen staatliche finanzielle Unterstützung entzog und sie zwang, als Unternehmen zu funktionieren. Zahlreiche geisteswissenschaftliche Lehrgänge an einigen der 86 staatlichen Universitäten wurden in der Folge eingestellt. Einen 2013 beschlossenen neoliberalen Reformplan beschrieb ein Jahr später Ministerpräsident Shinzō Abe mit den Worten, dass es bei der Reform »weniger um die Vertiefung wissenschaftlicher Bildung geht, sondern um die Schaffung eines Rahmenwerks für eine praktische Berufsausbildung«. Zwei Jahre später plädierte der Bildungsminister Hakubun Shimomura (Liberaldemokratische Partei, LDP) für die Reorganisation und nach Möglichkeit völlige Abschaffung geisteswissenschaftlicher Studiengänge, da ihr Nutzen für die Industrie »schwer zu sehen« sei. Sowohl Shimomura als auch Abe gelten als stramme Rechte und sind Mitglieder des oft als Schattenregierung bezeichneten ultranationalistischen Netzwerks »Japan-Konferenz«, das japanische Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg leugnet.

Auch die Zurückdrängung von linken Studentenorganisationen wird vom japanischen Bildungsministerium explizit als eines der Ziele der neoliberalen Universitätsreformen angegeben. In der Praxis führten derartige Maßnahmen etwa zur Räumung des Komaba-Wohnheims der Uni Tokio im Jahr 2002. Ähnlich wie das Yoshida-Ryō heute war dieses in den Jahren vor der Räumung besetzt. Im Gespräch erklärten Aktivistinnen und Aktivisten beider autonomer Heime in Kyōto, der Verlust des Komaba-Ryō sei einer der größten Einschnitte für die Bewegung gewesen. Heutzutage erinnern an das Wohnheim nur noch ein kleiner Ruinenrest auf dem Campus und ein etwas ramponierter Gedenkstein. Dessen Inschrift geht dabei nicht auf die jahrzehntelange Geschichte des Heims als autonome Zone ein.

Auch private Universitäten blieben von Kämpfen nicht verschont. Als prominentestes Beispiel gilt die als Elite-Uni bekannte Hōsei-Universität in Tokio. Sie war seit den Sechzigern eine Hochburg der militanten anarchistischen »Schwarzhelme« und anderer autonomer Gruppen sowie der trotzkistischen Chūkaku-Ha. Ein mehrere Stockwerke umfassendes, faktisch besetztes »Studentenhaus« war einerseits weithin sichtbare Stätte linksradikaler Politik, andererseits auch Heimstatt alternativer Subkultur. 2004 folgte die Räumung, anschließend das Verbot der »Kulturallianz«, eines Zusammenschlusses linker studentischer Zirkel. Bei den Protesten gegen die fortschreitende Gentrifizierung des Campus wurden seit 2006 über 100 Studenten festgenommen und Dutzende exmatrikuliert. Die heutzutage einzige politisch aktive Gruppe an der Hōsei-Universität engagiert sich vor allem gegen Studiengebühren. Die Erlaubnis dazu holte man sich zuvor bei der Unileitung.

»Was an der Hōsei-Uni passiert ist, wurde als Erfolgsmodell an andere Unis exportiert«, erzählt Akiko*, eine Bewohnerin des Yoshida-Ryō. »Oder beim sogenannten Ufo-Heim in Sendai. Zuerst

verbieten sie Neuzuzüge, danach darf man nur bis zu einem bestimmten Alter im Heim wohnen. Wenn man das nicht befolgt, fliegt man von der Uni. Irgendwann kommt dann die Räumung.«

In einem Gästezimmer ziert ein altes Graffito von Bewohnern des Ufo-Wohnheims die Wand. »Nach dem japanischen Nachkriegswirtschaftswunder bis hin zum Platzen der sogenannten Bubble Economy 1992 galt Japan als Vorzeigemittelklassegesellschaft. Die Anzahl derer, die es sich leisten konnten, eine Uni zu besuchen, war relativ hoch. Die zahlenmäßig kleine soziale Unterschicht sollte unsichtbar gemacht werden. Die Abschaffung der autonomen studentischen Heime mit ihren niedrigen Mieten ist damit verbunden«, führt Akiko weiter aus.

Die Repression gegen Linke auf dem Campus Kyōto zeigt auch das Verbot hölzerner Stellplakate, der Tatekanban, die meist kunstvoll gestaltet sind. Sie gelten seit den sechziger Jahren als wichtiges Instrument der Agitation und Information. Mittlerweile versucht die Uni, Anzahl wie Größe der Tatekanban zu regeln. Die Regelung wird insbesondere in der Nähe der autonomen Zonen unterlaufen, beide autonome Wohnheime veranstalten regelmäßig Tatekanban-Workshops.

Härter traf es Azu, ein Mitglied der Chūkaku-Ha. Weil er Flyer zu einem Vortrag über Uniprivatisierungen an der Universität ausgelegt hatte, wurde er verhaftet und wegen Einbruchs verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt hatte ihn die Uni bereits exmatrikuliert. Er entschloss sich, statt die umgerechnet 8 500 Euro Geldstrafe zu bezahlen, fünf Monat im Gefängnis abzusitzen. »Um den anderen Studentinnen und Studenten die Willkür der Uni Kyōto zu zeigen«, betont Azu. Akiko vom Yoshida-Ryou meint: »Man braucht Sekten wie die Chūkaku-Ha nicht gut zu finden, um gegen ihren Ausschluss von der Uni zu sein, das sollte der kleinste gemeinsame Nenner für uns alle sein. Bisher waren nur Sektenmitglieder von Unisuspendierungen betroffen. Aber das kann sich mit der Zeit auch auf andere Studentinnen ausweiten«, sagt sie. »Wenn man sich das Beispiel der Hōsei-Uni anschaut, sieht man, dass mit dem Versuch, die Sekten zu zerstören, auch die anderen getroffen werden. Die Sekten sind straff organisiert, die bleiben sowieso bestehen. Was also wirklich zurückgedrängt wird, sind die Autonomen.«

Die Rektorenwahl als Rettungsanker?

Die Uni Kyōto verweigert mittlerweile jedes Gespräch mit dem Yoshida-Ryō. Auf die Frage, was man nach der für Mai anberaumten Gerichtsverhandlung wegen der Räumungsklage machen will, zeigen sich die Aktivistinnen und Aktivisten ratlos. In den vergangenen Monaten gab es zahlreiche Demonstrationen, Konzerte und Informationsveranstaltungen, aber ein längerfristiger Plan fehlt. Wegen der Ausbreitung des Coronavirus ist zudem unklar, wie sich die Lage weiter entwickeln wird. Die Besetzer wollen jedenfalls einer etwaigen Räumungsaufforderung nicht nachkommen und planen, das Heim aus eigener Kraft zu renovieren. Ihr vorrangiges Ziel ist es, die Uni erneut zu Verhandlungen zu bewegen.

Dabei würde die Räumung des riesigen Wohnheims nicht nur Hunderte Studierende wegen des Verlust kostengünstigen Wohnraums in die Armut treiben. Auch die antifaschistische Geschichtsaufarbeitung auf dem Campus wäre gefährdet. In einem Land wie Japan, in dem die Leugnung von Kriegsverbrechen und die Umdeutung rassistischer Kolonialisierung großer Teile Asiens Regierungsdoktrin sind, ist Geschichtsaufarbeitung ein wichtiges Unterfangen.

Die Uni Kyōto galt als eine der wichtigsten Kaderschmieden des Tennō-Faschismus. Hier machte etwa Shirō Ishii, Generalleutnant der berüchtigten Einheit 731 der japanischen Armee, die in der seit 1932 besetzten Mandschurei operierte, seinen Doktor und rekrutierte Mitglieder der Einheit

direkt von der medizinischen Fakultät der Uni. Die Einheit 731 erforschte unter anderem chemische und biologische Waffen und tötete bei deren Erprobung mehrere Tausend Menschen. Derzeit läuft eine Kampagne für die Aberkennung der Doktortitel der Täter, an der auch Studenten des Yoshida-Ryō beteiligt sind.

Interessant ist diese Kampagne auch im Hinblick auf die für Ende Mai angesetzte Wahl des Universitätsrektors. Die beiden Kandidaten gelten unter den linken Heimbewohnern als stramme Rechte. Nagahiro Minato untersagte 2014 als Vorsitzender des Masterlehrgangs für Medizin ein Diskussionspanel, das anlässlich einer von den Rechten bekämpften Ausstellung über die Einheit 731 stattfinden sollte. Der zweite Kandidat ist Satoshi Fujii, ein ehemaliger Sonderberater der rechtsnationalen Regierung Abe, harter Wirtschaftsliberaler und Verfechter einer Erhöhung des Militärbudgets. Beide Kandidaten sind auch bei vielen Lehrenden unbeliebt. Sollte es bei der Wahl des Rektors zu vielen Stimmenthaltungen kommen, könnte letztlich ein neuer und dem Wohnheim wohlgesinnter Kandidat gewählt werden und die Uni dann wieder zu Verhandlungen bereit sein.

* *Name von der Redaktion geändert.*

© Jungle World Verlags GmbH